

## Landwirtschaftsminister Helmut Brunner empfängt Vertreter der Verbände und der Abteilung für Ländliche Entwicklung im Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

**München 05.05.2009:** Der bayerische Landwirtschaftsminister lud auf Einzelersuchen von BTB Bayern und ZVI Bayern alle in der Verwaltung für Ländliche Entwicklung präsenten Berufsverbände sowie Vertreter der Abteilung für Ländliche Entwicklung am Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein. Für die Verbände waren anwesend: Maximilian Feichtner (BTB Bayern), Karl Martin Dippel (VBBLE), Harald-Manfred Mohr (VHBB), Karl-Heinz Schöfer (VIL Bayern) und Herbert Baumgartner (ZVI Bayern). Die Vertreter der Abteilung Ländliche Entwicklung waren Ministerialdirigent Maximilian Geierhos und Ministerialrätin Helene Stegmann.

Nach der Begrüßung durch Staatsminister Brunner ging Maximilian Feichtner einleitend auf die folgenden Gesprächsthemen ein und bedankte sich stellvertretend für alle Verbandsvertreter für die Einladung.

**Karl-Heinz Schöfer** beklagte die Hauptproblematik der Verwaltung. Die unerträglich zunehmende Arbeitsbelastung durch einerseits unvermindert hohe Nachfrage nach den Leistungen der Verwaltung für Ländliche Entwicklung, eher zunehmende Fördermittel und andererseits extrem ungünstigen Altersaufbau mit dramatisch abnehmendem Personalbestand und sich stark abzeichnendem Nachwuchsmangel.

**Harald-Manfred Mohr** untermauerte die Personalproblematik anhand von Grafiken. Wenn denn der Personalabbau so weiter geht, wird durch die schwierige Personalsituation die Funktionsfähigkeit der Verwaltung stark gefährdet. **Karl Martin Dippel** unterstützte die vorgebrachten Argumentationen. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich gegenüber dem Staatsminister einig, dass sich die von den Kunden stark nachgefragten Leistungen der Verwaltung für Ländliche Entwicklung unter den gültigen Rahmenbedingungen nicht mehr auf dem derzeit noch sehr gutem Ergebnisniveau halten lassen werden. In wenigen Jahren sind die stärksten Jahrgänge mit einem unersetzlichen Erfahrungsschatz abgebaut. Dahinter klafft durch fehlende Neueinstellungen eine Riesenlücke. Forderung an den Staatsminister war daher ein Stopp des Personalabbaus oder zumindest ein Verschieben des Personalabbaus.

Der Minister zeigte zwar Verständnis für die Situation, konnte aber keine Abhilfe bezüglich der Personalsituation in Aussicht stellen, da das Kabinett weiterhin an den Beschlüssen zum Personalabbau festhalte und eine Nachbesserung der Beschlüsse wohl kaum in Frage käme. Den Verbänden gab er den Rat, die Kommunalverbände auf die Problematik hinzuweisen, damit sich diese bei der Staatsregierung und den Abgeordneten für eine Stärkung der Verwaltung für Ländliche Entwicklung einsetzen.

Der zweite Gesprächsschwerpunkt war die Verlagerung des Amtes für Ländliche Entwicklung (ALE) Regensburg nach Tirschenreuth. Staatsminister Brunner verteidigte die Maßnahme gegen die Kritik der Verbandssprecher, schließlich gehe es ja auch um die Glaubwürdigkeit der Politik. Auch die Bedenken des Obersten Rechnungshofes wies er im Zusammenhang mit dieser strukturpolitischen Maßnahme zurück. Er machte deutlich, dass er den Kabinettsbeschluss uneingeschränkt mitträgt. Als positives Beispiel einer gelungenen strukturpolitischen Maßnahme für den Ländlichen Raum nannte er die Einrichtung der Zentralen Bußgeldstelle in Viechtach, wo in der Folge 300 Arbeitsplätze neu entstanden seien. Die Ansiedlung des ALE in Tirschenreuth sieht der Minister gleichermaßen positiv. Die Personalumsiedlung solle möglichst sozialverträglich erfolgen. Altersteilzeit- und Versetzungsgesuche der Re-

gensburger Kollegen zu anderen Behörden sollen großzügig behandelt werden. Falls das benötigte Personal dann nicht mehr von Regensburg allein aufgebracht werden könne, können auch Versetzungen von den übrigen sechs ALE's nicht ausgeschlossen werden. **Herbert Baumgartner** forderte: Wenn die Verlagerung des ALE als Strukturmaßnahme für den Ländlichen Raum gesehen werde, dann müsse auch das benötigte Personal ON TOP durch Neueinstellungen bereit gestellt werden. Diese Forderung wurde von allen anderen Verbandsvertretern bekräftigt

Von **Herbert Baumgartner** wurde die aus Sicht der Beschäftigten ausufernde Bürokratie in der Verwaltung für Ländliche Entwicklung kritisiert. So müssen sich die Projektleiter bei mit EU-Mitteln geförderten Maßnahmen mit bis zu 13 Prüfungen durch verschiedene Stellen wie beispielsweise IUS, Betrugsdezernat des Zolls oder bescheinigende Stelle auseinander setzen. Oder wenn eine Teilnehmergeinschaft auch nur einen Tisch mit zwei Bänken in Dorf oder Landschaft aufstellen möchte, ist dafür eine Plangenehmigung erforderlich. Herbert Baumgartner bezweifelte, dass in anderen EU-Mitgliedstaaten ebenso strenge Prüfungsaufgaben gelten. Nach seinem Wissensstand sind die in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Richtlinien anzuwenden. **Ministerialdirigent Geierhos** wandte ein, dass die EU bei ELER-geförderten Maßnahmen die Prüfschritte den Mitgliedstaaten vorschreibe. Was vom Freistaat gefordert werde, ist die Einhaltung der Bayerischen Haushaltsordnung. Deren Änderung dürfte aber ein absolutes Tabu sein. Kleinere Maßnahmen sollten mit Blick auf den erforderlichen Aufwand hinterfragt werden. **Harald-Manfred Mohr** sagte, es sei nicht zu verstehen, dass eine praktisch staatliche Institution wie eine Teilnehmergeinschaft fördertechnisch genauso behandelt werde wie eine Privatperson. Staatsminister Brunner erklärte, dass der Bürokratieabbau bei der Staatsregierung einen hohen Stellenwert habe. Er forderte die Anwesenden auf, bürokratische Auswüchse direkt an ihn zu melden.

Letztes Thema war die Dienstrechtsreform. **Herbert Baumgartner** führte aus, dass sich der ZVI Bayern seit nunmehr 50 Jahren für eine gerechte Behandlung der Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst einsetzt. Wirklich markante Verbesserungen hat es aber bisher nicht gegeben. Dabei haben gerade die Dipl.-Ing. (FH) in der Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit der letzten großen Reform der Dienstordnung einen Großteil der Aufgaben des höheren Dienstes übernommen ohne bisher dafür belohnt zu werden. Dem wurde auch von Ministerialdirigent Geierhos und Ministerialrätin Stegmann nicht widersprochen. In Relation zu anderen Nichttechnischen Laufbahngruppen haben sich die Dipl.-Ing. (FH) laut Baumgartner sogar verschlechtert. So seien unter anderem die Technikerzulage gestrichen und die Stellenobergrenzen für den nichttechnischen Dienst an jene des technischen Dienstes angeglichen worden. Die Lebenseinkommen der Dipl.-Ing. (FH) beim Staat sind bis 65 schon ohne Kapitalisierung um über 100.000,- € geringer als die von vergleichbaren Nichttechnischen Beamten. Kapitalisiert reicht deren Lebenseinkommen sogar an den höheren Dienst heran. Baumgartner erläuterte dazu auch die verschiedenen Ausbildungswege an Beamtenfachhochschulen und externen Hochschulen. Der teuren externen Ausbildung an Fachhochschulen werde im öffentlichen Dienst überhaupt nicht Rechnung getragen. Baumgartner bat Staatsminister Brunner sich im Rahmen der Dienstrechtsreform für die Belange der Dipl.-Ing. (FH) einzusetzen und übereichte ihm eine Präsentationsmappe mit der Ingenieuragenda 2010 und der Synopse in der die Positionen von ZVI und Finanzministerium gegenüber gestellt sind. Staatsminister Brunner zeigte sich sichtlich betroffen. Er wies darauf hin, dass gleichzeitig auch die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche finanziert werden müsse. Die Vertreter von VIL, BTB und ZVI meinten dazu, dass dies nicht als Problem vorgeschoben werden solle, schließlich gehe es, gemessen am gesamten öffentlichen Dienst, um einen verschwindend kleinen Kreis von weit weniger als 5000 Beamten, der sich zudem infolge des Bolognaprozesses laufend verkleinern wird.

**Max Feichtner** bedankte sich am Schluss im Namen aller Beteiligten für das in angenehmer Atmosphäre verlaufene Gespräch.



Unser Bild zeigt von links nach rechts: Herbert Baumgartner, Karl Martin Dippel, Karl-Heinz Schöfer, Staatsminister Helmut Brunner, Maximilian Feichtner und Harald-Manfred Mohr